

Antrag an das 30. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen):	Referent*innen Rat	
Datum	22.10.2022	
Nr. und Datum der Sitzung	1	01.11.2022
Tagesordnungspunkt (vom Präsidium auszufüllen)		

I. Antragsgegenstand

Statusänderung des Referats für Antifaschismus

II. Beschlussentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

Dem Referat für Antifaschismus wird sein Status als besonderes bzw. autonomes Referat entsprechend § 10 III Satzung entzogen. Das Referat für Antifaschismus bleibt dabei bestehen und führt seine Arbeit als reguläres Referat nach § 8 III Satzung weiter.

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

keine

IV. Begründung

Nach § 10 I S. 1 Satzung sind autonome Referate vom StuPa mit Vertretungsmacht ausgestattete soziale Gruppen innerhalb der Studierendenschaft, deren Interessen eine besonders konstituierte Interessenvertretung im Referent_innen Rat nötig machen. Derzeit sind dies die Referate für Antirassismus, LGBTI*, queer_Feminismus, Studierende mit Kindern, Fachschaftscoordination und Antifaschismus.

Die Referent*innen der autonomen Referate werden in einer Vollversammlung betroffener Studierender gewählt und vom StuPa lediglich bestätigt. Fünf der derzeit bestehenden sechs autonomen Referate werden auf solchen öffentlich angekündigten Vollversammlungen gewählt. Das Referat für Antifaschismus wird von der "Hummel Antifa" gewählt. Seit der Gründung der HUmmel Antifa ist viel Zeit vergangen, personelle und organisatorische Strukturen haben sich geändert. Auch wenn die HUmmel Antifa in der Vergangenheit eine wichtige Rolle in der Organisation Studierender für antifaschistische Arbeit an der Universität gespielt hat, ist sie inzwischen nicht mehr breit in der Studierendenschaft verwurzelt und organisiert diese für antifaschistische Arbeit. Da sich die Bedingungen der Organisationsstruktur geändert haben, auf deren Grundlage das derzeitige Referat für Antifaschismus besetzt wird, ist es nötig, auch die Struktur des Referats selbst zu ändern.

Ein schlagkräftiges und gut vernetztes Referat für Antifaschismus ist unentbehrlich für die studentische Selbstverwaltung, für die Studierenden und für die Universität als Ganzes. Wie der Rest der Gesellschaft ist auch die Humboldt Universität nicht gefeit vor völkisch-nationalistischen Tendenzen. Sie ist immer wieder wichtiger Handlungsort antifaschistischer Arbeit. Sowohl, wenn es um die Aufarbeitung der faschistischen Geschichte und Verstrickungen der Universität geht, als auch um die Agitationsversuche rechter Gruppen wie z.B. "Studenten Stehen Auf", die Versuche der AfD, in der studentischen Selbstverwaltung Fuß zu fassen und ihre Autonomie zu untergraben, oder die Auseinandersetzung mit rechten Dozierenden.

Rechte Vernetzung, rechte Propaganda und rechte Gewalt fordern von uns allen antifaschistische Arbeit. Trotzdem sind Antifaschist*innen keine soziale Gruppe, die wie queere oder von Rassismus betroffene Student*innen eine gruppenspezifische Interessenvertretung brauchen.

Wir fordern eine breit vernetzte antifaschistische Arbeit der studentischen Selbstverwaltung, die schon in ihrer Struktur möglichst viele Gruppen antifaschistischer Selbstorganisation einbindet. An der HU und darüber hinaus. Wir brauchen ein Referat für Antifaschismus, das von all Denen gewählt wird, die seine Arbeit etwas angeht. Und das sind wir Alle.

V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft

-

VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen
refrat@refrat.hu-berlin.de